

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1995 Ausgegeben am 10. November 1995 248. Stück

- 742. Kundmachung:** Geltungsbereich des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung
- 743. Änderung der Verfahrensordnung B des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte**
- 744. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung**
(NR: GP XIX RV 142 AB 314 S. 46. BR: AB 5059 S. 603.)
- 745. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens und die Erleichterung seiner Anwendung**
(NR: GP XIX RV 139 AB 311 S. 46. BR: AB 5056 S. 603.)
-

742. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung

Nach Mitteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten des Königreichs der Niederlande hat Portugal am 1. September 1995 gemäß Art. 6 Abs. 1 des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (BGBl. Nr. 512/1988, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 203/1995) als zentrale Behörde bestimmt:

Instituto de Reinserção Social
Av. Almirante Reis, 101, 7º
1197 Lisboa Codex Portugal
UE

Vranitzky

743. Änderung der Verfahrensordnung B des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

EUROPEAN COURT OF HUMAN RIGHTS

RULES OF COURT B

Amendment to Rule 26 § 3
(adopted on 22 March 1995)

Paragraph 3 of Rule 26 is to be replaced by the following text:

“3. The other two members shall be elected by the plenary Court, on the proposal of the President, for a period of six months.

Four other judges shall be elected in the same manner and for the same period as substitutes. They shall be called upon to replace, in the order determined by the plenary Court, the members who are unable to sit or who withdraw.”

Amendment to Rule 58
(adopted on 29 June 1995)

“Rule 58

(Publication of judgments and other documents)

1. The Registrar shall be responsible for the publication of judgments of the Court and of any document which the President considers useful to publish.

Publication shall take place in two official languages.

2. Documents relating to the proceedings, including the report of the Commission and the verbatim record of public hearings, and other documents deposited with the Registrar shall be accessible to the public unless otherwise decided by the President either on his own initiative or at the request of a party, of the Commission, of the applicant or of any other person concerned.”

COUR EUROPÉENNE DES DROITS DE L’HOMME

REGLEMENT B DE LA COUR

Amendement à l’article 26 § 3
(adopté le 22 mars 1995)

Remplacement du paragraphe 3 de l’article 26 par le texte suivant:

«3. Les deux autres membres sont élus par la Cour plénière, sur proposition du président, pour une durée de six mois.

Quatre autres juges sont élus, de la même manière et pour la même période, en qualité de suppléants. Ils sont appelés à remplacer, dans l’ordre que fixe la Cour plénière, les membres qui se trouvent empêchés ou se récuse.»

Amendement à l’article 58
(adopté le 29 juin 1995)

«Article 58

(Publication des arrêts et autres documents)

1. Le greffier assure la publication des arrêts de la Cour, ainsi que de tout document dont le président estime utile la publication.

Cette publication a lieu dans les deux langues officielles.

2. Les pièces de la procédure, y compris le rapport de la Commission et le compte rendu des audiences publiques, et les autres documents déposés au greffe sont accessibles au public à moins que le président n’en ait décidé autrement, d’office ou à la demande d’une partie, de la Commission ou de toute autre personne intéressée.»

(Übersetzung)

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

VERFAHRENSORDNUNG B *)

Änderung des Artikels 26 Absatz 3
(angenommen am 22. März 1995)

Artikel 26 Absatz 3 ist durch folgenden Text zu ersetzen:

„(3) Die beiden weiteren Mitglieder sind auf Vorschlag des Präsidenten vom Plenum für sechs Monate zu wählen.

In derselben Art und für dieselbe Zeit sind vier weitere Richter als Ersatzrichter zu wählen. Sie ersetzen in der vom Plenum festgesetzten Reihenfolge die Mitglieder, die nicht teilnehmen können oder befangen sind.“

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 927/1994

Änderung des Artikels 58
(angenommen am 29. Juni 1995)

„Artikel 58

(Veröffentlichung der Urteile und anderer Schriftstücke)

1. Der Kanzler sorgt für die Veröffentlichung der Urteile des Gerichtshofs und aller Schriftstücke, deren Veröffentlichung der Präsident für zweckmäßig hält.

Die Veröffentlichung erfolgt in den beiden Amtssprachen.

2. Die Verfahrensunterlagen einschließlich des Berichts der Kommission und der Berichte über die öffentlichen Verhandlungen sowie die beim Kanzler verwahrten Schriftstücke sind der Öffentlichkeit zugänglich, falls nicht der Präsident von Amts wegen oder auf Antrag einer Partei, der Kommission, des Beschwerdeführers oder jeder anderen betroffenen Person anders entscheidet.“

Gemäß Mitteilung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ist die Änderung des Art. 26 Abs. 3 mit 1. April 1995, jene des Art. 58 mit 29. Juni 1995 in Kraft getreten.

Vranitzky

744.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

VERTRAG

zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen *) vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

Artikel I

(Zu Artikel 1 des Übereinkommens)

(1) Rechtshilfe wird auch für Verfahren wegen strafbarer Handlungen geleistet, deren Bestrafung in dem Zeitpunkt, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, in einem der beiden Vertragsstaaten in die Zuständigkeit eines Gerichtes und im anderen Vertragsstaat in die Zuständigkeit einer Verwaltungsbehörde fällt.

(2) Für die Rechtshilfe durch Zustellung von Schriftstücken ist es nicht erforderlich, daß im ersuchten Staat eine Justiz- oder Verwaltungsbehörde zur Verfolgung zuständig ist.

(3) Die auf Grund des Absatzes 1 erbetene Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn die Tat keine oder nur unbedeutende Folgen nach sich gezogen hat und der mit der Leistung der Rechtshilfe verbundene Aufwand nicht gerechtfertigt wäre.

Artikel II

(Zu Artikel 1 des Übereinkommens)

Das Übereinkommen und dieser Vertrag werden auch angewendet

- a) in Angelegenheiten der Wiederaufnahme des Verfahrens;
- b) in Gnadensachen;

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 41/1969

- c) in Verfahren über Ansprüche auf Entschädigung für ungerechtfertigte Haft, andere durch ein Strafverfahren entstandene Nachteile oder für ungerechtfertigte Verurteilung, soweit nicht Bestimmungen anderer zwischenstaatlicher Vereinbarungen anzuwenden sind.

Artikel III

(Zu Artikel 2 des Übereinkommens)

(1) Rechtshilfe wird im Rahmen von Artikel I auch in Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel geleistet. Die Rechtshilfe darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Staates nicht Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenvorschriften oder Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder den Außenhandel der gleichen Art wie das Recht des ersuchenden Staates enthält.

(2) Die nach den Vorschriften der Vertragsstaaten bestehenden Geheimhaltungspflichten in fiskalischen Angelegenheiten stehen der nach diesem Artikel zu leistenden Rechtshilfe nicht entgegen. Umstände oder Tatsachen, die den Justiz- oder Verwaltungsbehörden eines Vertragsstaates im Zusammenhang mit einem Rechtshilfeersuchen bekannt werden, unterliegen der nach den Vorschriften dieses Vertragsstaates in fiskalischen Angelegenheiten bestehenden Geheimhaltungspflicht.

Artikel IV

(Zu Artikel 3 des Übereinkommens)

(1) Gegenstände oder andere Vermögenswerte, die aus einer mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlung herrühren oder durch diese erlangt worden sind, werden zum Zwecke der Aushändigung an den Geschädigten oder zu einer anderen gerichtlichen Verfügung im ersuchenden Staat übermittelt, sofern dies nach dem Recht des ersuchenden Staates zulässig ist und nicht

- a) die Gegenstände im ersuchten Staat als Beweisstücke für ein bei einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde anhängiges Verfahren benötigt werden,
- b) die Gegenstände im ersuchten Staat der Einziehung oder dem Verfall unterliegen oder
- c) Dritte Rechte an ihnen geltend machen.

(2) Für ein Ersuchen nach Absatz 1 ist eine richterliche Anordnung der Sicherstellung nicht erforderlich.

(3) Ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechtes wird der ersuchte Staat bei der Übermittlung von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückgabe nicht geltend machen, es sei denn, daß der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel V

(Zu Artikel 4 des Übereinkommens)

(1) Den Vertretern der am Strafverfahren beteiligten Behörden sowie den sonstigen Beteiligten und ihren Rechtsbeiständen wird auf Ersuchen des ersuchenden Staates die Anwesenheit bei der Vornahme der Rechtshilfehandlungen im ersuchten Staat gestattet. Sie können ergänzende Fragen oder die Durchführung ergänzender Handlungen anregen. Artikel 12 des Übereinkommens findet Anwendung.

(2) Zur Dienstverrichtung der Behördenvertreter des anderen Vertragsstaates gemäß Absatz 1 bedarf es in Österreich der Zustimmung des Bundesministers für Justiz, in der Tschechischen Republik, wenn im ersuchenden Staat Anklage erhoben worden ist, der Zustimmung des Justizministers, sonst der Zustimmung des Obersten Staatsanwaltes.

Artikel VI

(Zu Artikel 5 des Übereinkommens)

Rechtshilfe durch Sicherstellung von Gegenständen oder Durchsuchung wird nur geleistet, wenn zur Verfolgung der dem Ersuchen zugrunde liegenden strafbaren Handlung in dem Zeitpunkt, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, im ersuchten Staat eine Justizbehörde zuständig wäre.

Artikel VII

(Zu Artikel 6 des Übereinkommens)

Der ersuchte Staat kann auf die Rückgabe der in Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens erwähnten Beweisstücke oder Schriftstücke verzichten, es sei denn, daß Dritte, die Rechte an ihnen geltend machen, dem Verzicht nicht zustimmen.

Artikel VIII

(Zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Artikel 10 Absatz 2 des Übereinkommens findet auf alle Fälle der Vorladung eines Zeugen oder Sachverständigen Anwendung. Diese Personen können selbst einen Vorschuß nach Artikel 10 Absatz 3 des Übereinkommens verlangen.

Artikel IX

(Zu Artikel 11 und 12 des Übereinkommens)

(1) Gestattet der ersuchte Staat die Anwesenheit einer im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates in Haft befindlichen Person bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens, so hat er sie für die Dauer ihres Aufenthalts in seinem Hoheitsgebiet in Haft zu halten und sie nach Vornahme der Rechtshilfebehandlung dem ersuchenden Staat unverzüglich wieder zu überstellen, sofern nicht dieser die Freilassung verlangt.

(2) Gestattet ein dritter Staat die Anwesenheit einer im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates in Haft befindlichen Person bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens, so gelten für die Beförderung dieses Häftlings durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates die Absätze 2 und 3 des Artikels 11 des Übereinkommens.

(3) Die Bestimmungen des Artikels 12 des Übereinkommens sind auf die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Fälle anzuwenden.

Artikel X

(Zu Artikel 13 des Übereinkommens)

(1) Der ersuchte Staat übermittelt von den Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates für Zwecke der Strafrechtspflege erbetene Auskünfte aus dem Strafregister in dem Umfang, in dem seine Polizeibehörden sie in ähnlichen Fällen erhalten könnten.

(2) Aus anderen Gründen als für Zwecke der Strafrechtspflege werden auf Ersuchen der Behörden des einen Vertragsstaates Auskünfte aus dem Strafregister des anderen Vertragsstaates in dem Umfang erteilt, in dem seine Behörden sie in ähnlichen Fällen erhalten könnten.

Artikel XI

(Zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) In Zustellersuchen wird bei den Angaben über den Gegenstand und den Grund des Ersuchens auch die Art des zuzustellenden Schriftstückes sowie die Stellung des Empfängers im Verfahren bezeichnet.

(2) Einem Ersuchen um Durchsuchung oder Sicherstellung von Beweisstücken oder Schriftstücken wird eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der richterlichen Anordnung beigelegt. Kann einem Ersuchen um Sicherstellung von Gegenständen oder Durchsuchung keine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der richterlichen Anordnung beigelegt werden, so genügt die Erklärung der zuständigen Justizbehörde, daß die für diese Maßnahme erforderlichen Voraussetzungen nach dem im ersuchenden Staat geltenden Recht vorliegen.

Artikel XII

(Zu Artikel 15 des Übereinkommens)

(1) Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, können die Justizbehörden der beiden Vertragsstaaten in Angelegenheiten der Rechtshilfe in Strafsachen unmittelbar miteinander verkehren. Ersuchen nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag können auch einerseits durch den Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und andererseits, wenn im ersuchenden Staat bereits Anklage erhoben

worden ist, durch den Justizminister der Tschechischen Republik, sonst durch den Obersten Staatsanwalt der Tschechischen Republik übermittelt werden.

(2) Ersuchen um Vornahme einer Durchsuchung oder Sicherstellung, um Übermittlung von Gegenständen, um Überstellung oder Durchbeförderung von Häftlingen werden durch den Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und durch den Obersten Staatsanwalt der Tschechischen Republik oder den Justizminister der Tschechischen Republik übermittelt. In dringenden Fällen ist der unmittelbare Verkehr zwischen den Justizbehörden zulässig, jedoch wird überdies eine Abschrift des Ersuchens auf dem in Satz 1 vorgesehenen Weg übermittelt.

(3) Zuzustellende Schriftstücke können auch unmittelbar durch die Post nach den für den Postverkehr geltenden Vorschriften übermittelt werden. Im Postweg übermittelte Schriftstücke, deren Zustellung nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag nicht zulässig wäre, gelten in beiden Vertragsstaaten als dem Empfänger nicht zugekommen.

(4) Die im Artikel X dieses Vertrages erwähnten Ersuchen werden durch den Bundesminister für Inneres der Republik Österreich einerseits und durch den Obersten Staatsanwalt der Tschechischen Republik andererseits übermittelt und auf demselben Weg beantwortet. Bei Gefahr in Verzug ist der unmittelbare Verkehr zwischen den Polizeibehörden und den zuständigen Strafregisterbehörden zulässig.

Artikel XIII

(Zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Übersetzungen von Ersuchen, die nach diesem Vertrag gestellt werden, sowie von beigelegten Unterlagen werden, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, nicht angeschlossen.

(2) Den zuzustellenden Schriftstücken ist eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates anzuschließen, die von einem amtlich bestellten Dolmetscher mit Sitz in einem der Vertragsstaaten angefertigt und beglaubigt ist. Eine Beglaubigung der Unterschrift des Dolmetschers ist nicht erforderlich.

(3) Ist das zuzustellende Schriftstück nicht mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates versehen, so hat sich das ersuchte Gericht darauf zu beschränken, die Zustellung durch Übergabe des Schriftstückes an den im Ersuchen bezeichneten Empfänger zu bewirken, wenn dieser zur Annahme bereit ist.

(4) Schriftstücke, die nach Artikel XII Absatz 3 dieses Vertrages unmittelbar im Postweg zugestellt werden, ist in jedem Fall eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates anzuschließen. Ist das zuzustellende Schriftstück nicht mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates versehen, so gilt die Zustellung in beiden Vertragsstaaten als nicht bewirkt. Bei der Zustellung von Schriftstücken im Postweg an eigene Staatsangehörige kann auf Übersetzungen verzichtet werden.

Artikel XIV

(Zu Artikel 20 des Übereinkommens)

Die durch die Übermittlung von Gegenständen oder anderen Vermögenswerten gemäß Artikel IV und durch die Überstellung oder Durchbeförderung von Häftlingen gemäß Artikel IX entstandenen Kosten werden vom ersuchenden Staat erstattet.

Artikel XV

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Auf Grund einer nach Artikel 21 des Übereinkommens übermittelten Anzeige zur Strafverfolgung werden die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates nach Maßgabe der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates ein Strafverfahren in derselben Weise einleiten wie bei einer im eigenen Staatsgebiet begangenen strafbaren Handlung. Der ersuchte Staat wird wegen Handlungen gegen fremdes Vermögen, die nach dem Recht des ersuchenden Staates gerichtlich strafbar sind, auch dann ein Verfahren durchführen, wenn nach seinem Recht die Verwaltungsbehörden zuständig sind.

(2) Die zuständigen Behörden des Tatortstaates werden im Einzelfall prüfen, ob eine Anzeige nach Artikel 21 des Übereinkommens im Interesse der Wahrheitsfindung, aus anderen für das Strafverfahren wichtigen Gründen, aus Gründen der Strafzumessung oder des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung des Beschuldigten geboten ist.

(3) Der Beurteilung von Verkehrsstraftaten sind im ersuchten Staat die am Tatort geltenden Verkehrsregeln zugrunde zu legen.

(4) Ein zur Einleitung des Strafverfahrens notwendiger Antrag oder eine solche Ermächtigung, die in dem ersuchenden Staat vorliegt, ist auch im ersuchten Staat wirksam. Sind nur nach dem Recht des ersuchten Staates Anträge oder Ermächtigungen erforderlich, können sie innerhalb einer von diesem zu bestimmenden, angemessenen Frist nachgeholt werden.

(5) Die Anzeige hat eine kurze Darstellung des Sachverhalts sowie möglichst genaue Angaben über die beschuldigte Person, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort zu enthalten. Ihr werden beigefügt:

- a) die Akten in Urschrift oder beglaubigter Abschrift (Kopie) sowie in Betracht kommende Beweisgegenstände;
- b) eine Abschrift der Bestimmungen über den Tatbestand und die Strafe, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind, sowie bei Verkehrsstraftaten außerdem eine Abschrift der für die Beurteilung maßgebenden Verkehrsregeln;
- c) Erklärungen des Geschädigten, die zur Einleitung des Strafverfahrens erforderlich sind.

(6) Die Gegenstände und die urschriftlichen Unterlagen werden dem ersuchenden Staat so bald wie möglich zurückgegeben, soweit er auf die Rückgabe nicht verzichtet. Etwa bestehende Rechte des ersuchten Staates oder dritter Personen an den übermittelten Gegenständen bleiben unberührt.

Artikel XVI

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

Die Justizbehörden des ersuchenden Staates sehen von weiteren Verfolgungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen wegen der angezeigten Tat gegen die beschuldigte Person endgültig ab,

- a) wenn die im ersuchten Staat verhängte Strafe vollstreckt, erlassen oder verjährt ist;
- b) solange der Strafvollzug ganz oder teilweise ausgesetzt oder die Entscheidung über die Bestrafung aufgeschoben ist;
- c) wenn aus Beweisgründen ein rechtskräftiger Freispruch oder eine endgültige Einstellung erfolgt ist.

Artikel XVII

(Zu Artikel 24 des Übereinkommens)

Im Sinne dieses Übereinkommens gelten als Justizbehörden:

- a) für die Republik Österreich: die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und das Bundesministerium für Justiz;
- b) für die Tschechische Republik: die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und das Justizministerium.

Artikel XVIII

(Zu Artikel 29 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel XIX

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden in Prag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Der Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag schriftlich auf diplomatischem Weg kündigt; in diesem Fall tritt der Vertrag ein Jahr nach der Kündigung, spätestens aber zu dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Vertragsstaaten des vorliegenden Vertrages außer Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 27. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Nikolaus Michalek

Für die Tschechische Republik:

Jiří Novák

SMLOUVA

mezi Rakouskou republikou a českou republikou o dodatku k Evropské úmluvě o právní pomoci ve věcech trestních z 20. dubna 1959 a o usnadnění jejího uplatnění

Článek I

(K článku 1 Úmluvy)

(1) Právní pomoc se poskytuje také pro řízení vedená z důvodů spáchání trestného činu, jehož potrestání v době, kdy se o právní pomoc žádá, náleží v jednom smluvním státě do pravomoci soudu a v druhém smluvním státě do pravomoci správního orgánu.

(2) Je-li předmětem právní pomoci doručení písemností, pak není zapotřebí, aby v dožádaném státě náleželo stíhání do pravomoci justičního nebo správního orgánu.

(3) Právní pomoc vyžádaná na základě odstavce 1 může být odmítnuta, jestliže čin neměl žádné nebo pouze nevýznamné následky a náklady spojené s poskytnutím právní pomoci by nebyly opodstatněné.

Článek II

(K článku 1 Úmluvy)

Úmluva a tato smlouva se také užijí

- a) ve věcech obnovy řízení
- b) ve věcech milosti
- c) v řízeních týkajících se nároků na odškodnění za neoprávněnou vazbu, ostatních, v důsledku trestního řízení vzniklých nevýhod nebo za neoprávněné odsouzení, pokud se neuplatňují jiné mezistátní úmluvy.

Článek III

(K článku 2 Úmluvy)

(1) Právní pomoc se poskytuje v rámci článku I také u trestných činů daňového, celního, monopolního a devizového charakteru, či vztahujících se na odvody a dávky, a dále u trestných činů spočívajících v porušení předpisů nakládání se zbožím nebo předpisů zahraničního obchodu. Poskytnutí právní pomoci nesmí být odmítnuto pouze se zdůvodněním, že právo dožádaného státu neobsahuje stejné daňové, celní, monopolní a devizové předpisy, ani předpisy vztahující se na odvody a dávky, a stejně tak ani předpisy pro hospodářský styk či zahraniční obchod, jako právo dožadujícího státu.

(2) Povinnost utajení, která podle předpisů smluvních států existuje ve fiskálních záležitostech, nebrání podle tohoto článku právní pomoci, která má být poskytnuta. Okolnosti nebo skutečnosti, se kterými se justiční nebo správní orgány jednoho smluvního státu v souvislosti s žádostí o právní pomoc seznámí, podléhají povinnosti utajení, kterou stanoví předpisy tohoto smluvního státu ve fiskálních záležitostech.

Článek IV

(K článku 3 Úmluvy)

(1) Předměty nebo jiné majetkové hodnoty, které pochází z činu, za nějž hrozí soudem uložený trest, nebo byly prostřednictvím trestného činu získány, jsou předány za účelem vydání poškozenému nebo jiného rozhodnutí soudu v dožadujícím státě, pokud je toto podle práva dožadujícího státu přípustné a nenastane-li situace, že

- a) předměty jsou v dožádaném státě zapotřebí jako důkazy při řízení zahájeném před soudem nebo správním orgánem,
- b) předměty podléhají v dožádaném státě zabavení nebo propadnutí nebo
- c) na ně uplatňují právo třetí osoby.

(2) Pro žádost podle odstavce 1 není potřebné soudem nařídit zajištění.

(3) Dožádaný stát nebude při zajištění předmětů uplatňovat celní zástavní právo nebo jiné věcné ručení podle předpisů celního a daňového práva a zřídá se tak navrácení těchto předmětů s tou výhradou, pokud by trestným činem poškozený vlastník předmětů tuto dávku dlužil sám.

Článek V

(K článku 4 Úmluvy)

(1) Zástupcům orgánů činných v trestním řízení, ostatním zúčastněným a jejich právním poradcům se na žádost dožadujícího státu povolí, aby mohli být přítomni při provádění úkonů spojených s právní pomocí v dožádaném státě. Mohou navrhopvat doplňující otázky nebo provedení doplňujících úkonů. Zde je uplatněn článek 12 Úmluvy.

(2) S výkonem služebních povinností zástupců orgánů druhého smluvního státu musí podle odstavce 1 v Rakouské republice vyslovit souhlas spolkový ministr spravedlnosti, v české republice pak, po podání obžaloby v dožadujícím státě, ministr spravedlnosti, jinak nejvyšší státní zástupce.

Článek VI

(K článku 5 Úmluvy)

Právní pomoc ve formě zajištění předmětů nebo prohlídky se poskytuje pouze v případech, jestliže by v dožádaném státě náleželo stíhání trestného činu vedoucího k podání žádosti v době, kdy se o právní pomoc žádá, do pravomoci justičního orgánu.

Článek VII

(K článku 6 Úmluvy)

Dožádaný stát se může vzdát navrácení důkazních předmětů nebo písemností, pokud třetí osoby uplatňující své právo k těmto věcem neprohlásí, že s tím nesouhlasí.

Článek VIII

(K článku 10 Úmluvy)

Článek 10 odstavec 2 Úmluvy se v každém případě použije při předvolání svědka nebo znalce. Tyto osoby mohou samy požadovat zálohu podle článku 10 odstavec 3 Úmluvy.

Článek IX

(K článkům 11 a 12 Úmluvy)

(1) Povolí-li dožádaný stát, aby osoba, která je ve vazbě na výsoštném území dožadujícího státu, byla přítomna vyřizování žádosti o právní pomoc, pak jí musí po dobu jejího pobytu na svém výsoštném území držet ve vazbě a po projednání úkonů spojených s poskytnutím právní pomoci jí neprodleně opět předat dožadujícímu státu, pokud tento nepožaduje propuštění na svobodu.

(2) Povolí-li třetí stát, aby osoba, která je ve vazbě na výsoštném území některého smluvního státu, byla přítomna vyřizování žádosti o právní pomoc, pak platí pro průvoz této osoby přes výsoštné území druhého smluvního státu také odstavce 2 a 3 článku 11 Úmluvy.

(3) Ustanovení článku 12 Úmluvy se užíjí v případech uvedených v odstavcích 1 a 2.

Článek X

(K článku 13 Úmluvy)

(1) Dožádaný stát předává informace z trestního rejstříku vyžádané policejními orgány druhého smluvního státu pro účely trestního řízení v tom rozsahu, v jakém by je mohly obdržet jeho vlastní policejní orgány v podobných případech.

(2) Z jiných důvodů, než pro účely trestního řízení, se na žádost orgánů druhého smluvního státu poskytují informace z trestního rejstříku druhého smluvního státu v tom rozsahu, v jakém by je mohly získat jeho vlastní orgány v podobných případech.

Článek XI

(K článku 14 Úmluvy)

(1) V žádostech o doručení se v rámci údajů o předmětu a důvodu žádosti také specifikuje druh písemnosti, která má být doručena, a postavení příjemce v řízení.

(2) K žádosti o prohlídku nebo zajištění důkazních prostředků nebo písemností se přikládá vyhotovení nebo ověřený opis nařízení soudu. Nelze-li k žádosti o zajištění předmětů nebo prohlídku přiložit originál nebo ověřený opis soudního nařízení, pak stačí prohlášení příslušného justičního orgánu, že předpoklady potřebné pro toto opatření jsou dány právní úpravou platnou v dožadujícím státě.

Článek XII

(K článku 15 Úmluvy)

(1) Nestanoví-li tato smlouva jinak, mohou se justiční orgány obou smluvních států v záležitostech právní pomoci ve věcech trestních stýkat přímo. Žádosti lze podle Úmluvy a této smlouvy předávat prostřednictvím spolkového ministra spravedlnosti Rakouské republiky na straně jedné a ministra spravedlnosti české republiky, pokud již byla v dožadujícím státě podána obžaloba, jinak prostřednictvím nejvyššího státního zástupce české republiky na straně druhé.

(2) Žádosti o provedení prohlídky nebo zajištění, předání předmětů, o předání nebo průvoz vězňů jsou předávány prostřednictvím spolkového ministra spravedlnosti Rakouské republiky a prostřednictvím nejvyššího státního zástupce nebo ministra spravedlnosti české republiky. V naléhavých případech je přípustný bezprostřední kontakt mezi justičními orgány, avšak mimo to je třeba předat opis žádosti cestou předpokládanou ve větě 1.

(3) Zasílané písemnosti mohou být také doručovány bezprostředně poštou podle předpisů platných pro poštovní styk. Písemnosti zaslané poštou, jejichž zaslání není podle Úmluvy a této smlouvy přípustné, se považují v obou smluvních státech za příjemci nedoručené.

(4) Žádosti uvedené v článku X této smlouvy jsou předávány spolkovým ministrem vnitra Rakouské republiky na straně jedné a nejvyšším státním zástupcem české republiky na straně druhé a stejnou cestou se na ně odpovídá. Při nebezpečí z prodlení je přípustný bezprostřední styk mezi policejními orgány a příslušnými orgány z oblasti rejstříku trestů.

Článek XIII

(K článku 16 Úmluvy)

(1) Překlady žádostí podávaných podle této smlouvy ani připojených podkladů se nepřipojují, nestanoví-li tato smlouva jinak.

(2) K písemnostem, které mají být doručeny, je třeba připojit překlad do jazyka dožádaného státu vyhotovený a ověřený úředně stanoveným tlumočnickem, který má sídlo v jednom ze smluvních států. Ověření podpisu tlumočnicka není nutné.

(3) Není-li písemnost, která má být doručena, opatřena překladem do jazyka dožádaného státu, omezí se dožádaný soud na to, že zařídí doručení předáním písemnosti příjemci označenému v žádosti, je-li jí ochoten přijmout.

(4) K písemnostem, které jsou zasílány podle článku XII odstavec 3 této smlouvy bezprostředně poštou, musí být vždy připojen překlad do jazyka dožádaného státu. Pokud není doručovaná písemnost opatřena překladem do jazyka dožádaného státu, pak platí doručení v obou smluvních státech za neuskutečněné. Při doručování písemností poštou vlastním státním příslušníkům nemusí být překlad přiložen.

Článek XIV

(K článku 20 Úmluvy)

Náklady vzniklé předáním předmětů a dalších majetkových hodnot podle článku IV a dále vzniklé předáním a průvozem vězňů podle článku IX hradí dožadující stát.

Článek XV

(K článku 21 Úmluvy)

(1) Na základě předaného trestního oznámení podle článku 21 Úmluvy zahájí příslušné orgány druhého smluvního státu podle právních předpisů tohoto státu trestní řízení stejným způsobem jako u trestného činu spáchaného na území svého státu. Dožádaný stát provede řízení o činech proti cizímu majetku, které jsou podle práva dožadujícího státu soudně trestné, i tehdy, když podle jeho práva jsou pro řízení příslušné správní orgány.

(2) Příslušné orgány státu místa činu přezkoumají v jednotlivém případě, zda podání trestního oznámení podle článku 21 Úmluvy je žádoucí v zájmu zjištění pravdy, z jiných důvodů důležitých pro trestní řízení, z důvodů týkajících se uložení trestu nebo výkonu trestu nebo zájmu resocializace obviněného.

(3) Pro posouzení soudně trestných činů spáchaných v dopravě se v dožádaném státě vychází z do-
pravních předpisů platných na místě činu.

(4) Návrh nutný pro zahájení trestního řízení nebo obdobné zmocnění, které bylo dáno v dožadujícím státě, jsou účinné i v dožádaném státě. Jsou-li pouze podle práva dožadovaného státu nutné žádosti či zmocnění, pak je možno je dodat dodatečně během přiměřené lhůty, kterou dožádaný stát stanoví.

(5) Žádost musí obsahovat krátké vylíčení skutkového stavu, jakož i pokud možno co nejpřesnější údaje o obviněné osobě, jejím státním občanství a místu jejího bydliště nebo pobytu. K žádosti se připojí:

- a) originál nebo ověřený opis (kopie) spisů, jakož i věcné důkazy, které přicházejí v úvahu;
- b) opis ustanovení o skutkové podstatě a trestu, která se použijí na čin podle práva platného v místě činu, a u činů soudně trestných spáchaných v dopravě kromě toho dopravní předpisy rozhodné pro jejich posouzení;
- c) prohlášení poškozeného, jež jsou nutná k zahájení trestního řízení.

(6) Důkazní předměty a originální podklady jsou vráceny dožadujícímu státu co možná nejdříve, pokud se dožadující stát navrácení nezrekne. Existující práva dožadovaného státu nebo třetích osob k předaným předmětům zůstávají nedotčena.

Článek XVI

(K článku 21 Úmluvy)

Justiční orgány dožadujícího státu upustí s konečnou platností od dalších opatření týkajících se stíhání nebo výkonu trestu pro čin, pro který byla podána žádost o převzetí trestního stíhání obviněné osoby:

- a) jestliže trest vyneseny v dožádaném státě byl vykonán, prominut nebo je promlčen;
- b) pokud byl výkon trestu zcela nebo zčásti odložen nebo bylo odročeno rozhodnutí o potrestání;
- c) jestliže z důkazních důvodů byla obviněna osoba pravomocně zproštěna obžaloby nebo řízení proti ní bylo s konečnou platností zastaveno.

Článek XVII

(K článku 24 Úmluvy)

V duchu této dohody se za justiční orgány považují:

- a) za Rakouskou republiku: soudy, státní zastupitelství a spolkové ministerstvo spravedlnosti;
- b) za Českou republiku: soudy, státní zastupitelství a ministerstvo spravedlnosti.

Článek XVIII

(K článku 29 Úmluvy)

Vypoví-li jeden ze smluvních států Úmluvu, pak nabyde vypovězení Úmluvy účinnosti ve vztahu mezi Rakouskou republikou a Českou republikou dva roky po doručení oznámení o vypovězení Úmluvy generálnímu tajemníkovi Rady Evropy.

Článek XIX

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze.

(2) Smlouva vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, ve kterém byly vyměněny ratifikační listiny.

(3) Smlouva zůstává v platnosti na dobu neurčitou, pokud jeden ze smluvních států smlouvu písemně diplomatickou cestou nevypoví; v tomto případě pozbývá smlouva platnosti rok po vypovězení, nejpozději však k termínu, ke kterému pozbyde platnosti Evropská úmluva o právní pomoci ve věcech trestních mezi smluvními státy této smlouvy. Na důkaz toho zmocněnci obou smluvních států tuto smlouvu podepsali a opatřili ji pečeti.

Dáno ve Vídni, dne 27. června 1994 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

Nikolaus Michalek

Za Českou republiku:

Jiří Novák

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 3. Oktober 1995 ausgetauscht; der Vertrag tritt gemäß seinem Art. XIX Abs. 2 mit 1. Jänner 1996 in Kraft.

Vranitzky

745.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens *) vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung

Artikel I

(Zu Artikel 2 des Übereinkommens)

Wird eine Auslieferung nach Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens bewilligt und betrifft das Auslieferungersuchen auch in diesem Absatz nicht angeführte strafbare Handlungen, so wird die Auslieferung bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag auch wegen anderer Handlungen bewilligt, wenn diese in beiden Vertragsstaaten mit gerichtlicher Strafe bedroht sind.

Artikel II

(Zu Artikel 5 des Übereinkommens)

(1) In Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften der Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel wird die Auslieferung nur bewilligt, wenn die dem Ersuchen zugrundeliegende Handlung auch nach einer vergleichbaren gesetzlichen Strafbestimmung des ersuchten Staates gerichtlich strafbar wäre.

(2) Die Auslieferung darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Staates nicht Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenvorschriften oder Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder den Außenhandel der gleichen Art wie das Recht des ersuchenden Staates enthält.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 320/1969

Artikel III

(Zu Artikel 7 und 8 des Übereinkommens)

Der ersuchte Staat wird die Auslieferung einer Person wegen einer strafbaren Handlung, die nach seinen Rechtsvorschriften seiner Gerichtsbarkeit unterliegt, bewilligen, wenn der Durchführung des Strafverfahrens im ersuchenden Staat mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, insbesondere aus Gründen der Wahrheitsfindung, der Strafzumessung und des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung des Rechtsbrechers der Vorzug zu geben ist.

Artikel IV

(Zu Artikel 9 des Übereinkommens)

(1) Die Auslieferung wird auch nicht bewilligt, wenn die dem Auslieferungersuchen zugrundeliegenden Handlungen in einem dritten Staat verübt worden sind und dort eine der in Artikel 9 des Übereinkommens erwähnten Entscheidungen ergangen ist.

(2) Die Auslieferung unter den Voraussetzungen des Artikels III wird nicht gehindert, wenn die Person nicht rechtskräftig verurteilt oder die im Urteil verhängte Strafe nicht oder nicht zur Gänze vollstreckt wurde.

(3) Der ersuchte Staat wird die Auslieferung einer Person nicht ablehnen, wenn seine Justizbehörden diese Person nur wegen fehlender eigener Gerichtsbarkeit freigesprochen oder nur aus diesem Grund gegen sie kein Strafverfahren eingeleitet oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren eingestellt haben.

Artikel V

(Zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Für die Hemmung und die Unterbrechung der Verjährung sind allein die Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates maßgebend.

Artikel VI

(1) Eine im ersuchten Staat erlassene Amnestie steht der Auslieferung nicht entgegen, wenn die strafbare Handlung nicht der Gerichtsbarkeit dieses Staates unterliegt.

(2) Die Verpflichtung zur Auslieferung wird durch das Fehlen eines Antrages oder einer Ermächtigung zur Strafverfolgung oder einer sonstigen Erklärung des Geschädigten, die nach dem Recht des ersuchten Staates zur Einleitung und Fortsetzung des Strafverfahrens erforderlich wäre, nicht berührt.

Artikel VII

(Zu Artikel 12 des Übereinkommens)

(1) Das Ersuchen um Auslieferung wird unbeschadet der Zulässigkeit des diplomatischen Weges durch die Justizminister der beiden Vertragsstaaten gestellt. Auch der sonstige Schriftverkehr zwischen den Vertragsstaaten findet auf diesem Wege statt, soweit das Übereinkommen und dieser Vertrag nichts anderes bestimmen.

(2) In den Fällen des Strafaufschubes, der Strafunterbrechung und der bedingten Aussetzung der Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme sind einem Ersuchen um Auslieferung oder Durchlieferung auch die zur Feststellung der Vollstreckbarkeit dienenden Urkunden beizufügen.

Artikel VIII

(Zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) Die bedingte Freilassung einer ausgelieferten Person ohne eine ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Anordnung steht der endgültigen Freilassung gleich.

(2) Im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 des Übereinkommens kann der ersuchte Staat auch Maßnahmen treffen, um die für ein Ersuchen um Zustimmung nach Artikel 14 Absatz 1 lit. a des Übereinkommens erforderlichen Unterlagen zu erhalten; zu diesem Zweck ist die Vernehmung der ausgelieferten Person und ihre Vorführung zur Vernehmung zulässig. Nach der Stellung eines Ersuchens um Zustimmung kann die ausgelieferte Person ungeachtet der Einschränkung des Artikels 14 des Übereinkommens bis zum Eingang der Entscheidung über dieses Ersuchen in Haft gehalten werden, wenn die Anordnung der Haft nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates an sich zulässig ist.

Artikel IX

(Zu Artikel 15 des Übereinkommens)

Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung an eine andere Vertragspartei des Übereinkommens oder an einen dritten Staat sind die in Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beizufügen, die dem um Zustimmung ersuchenden Vertragsstaat übermittelt worden sind. Die Zustimmung wird erteilt, wenn wegen der dem Auslieferungersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlungen die Auslieferung durch den um Zustimmung ersuchten Vertragsstaat an die andere Vertragspartei oder an den dritten Staat zulässig wäre.

Artikel X

(Zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Ersuchen um vorläufige Verhaftung können durch die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und die obersten Justiz- und Polizeibehörden des einen Vertragsstaates an die zuständigen Justiz- und Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates gerichtet werden. Die Angabe der strafbaren Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht werden wird, hat eine kurze Sachverhaltsdarstellung zu umfassen.

(2) Erlangen die zuständigen Behörden eines Vertragsstaates davon Kenntnis, daß sich auf dem Gebiet dieses Vertragsstaates eine Person befindet, deren Auslieferung vom anderen Vertragsstaat begehrt werden kann, so werden sie diesen unverzüglich auf dem in Artikel 16 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehenen Geschäftsweg befragen, ob er die Auslieferung dieser Person begehrt. Wird die Person in vorläufige Auslieferungshaft genommen, so ist der andere Vertragsstaat hievon unverzüglich unter Angabe des Zeitpunktes der Verhaftung und des Ortes der Haft zu verständigen.

(3) Die Fristen nach Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens werden gewahrt, wenn das Auslieferungersuchen und die beizufügenden Unterlagen vor deren Ablauf mittels Fernkopierer (Telefax) beim Justizministerium des ersuchten Staates einlangen und die Urschriften innerhalb angemessener Frist nachgereicht werden.

Artikel XI

(Zu Artikel 17 des Übereinkommens)

Zugleich mit der Entscheidung nach Artikel 17 des Übereinkommens wird der ersuchte Vertragsstaat auch über die Zulässigkeit der Weiterlieferung an den dritten Staat entscheiden; er wird diese Entscheidung allen beteiligten Staaten bekanntgeben.

Artikel XII

(Zu Artikel 19 des Übereinkommens)

(1) Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens wird auch beim Vollzug einer vorbeugenden Maßnahme angewendet.

(2) Um die zeitweilige Übergabe gemäß Artikel 19 Absatz 2 des Übereinkommens kann zur Durchführung dringender Prozeßhandlungen ersucht werden. Diese Prozeßhandlungen sind im Ersuchen näher zu bezeichnen. Der Übergabe wird nicht zugestimmt, wenn durch sie eine gerichtliche Verfolgung im ersuchten Staat erheblich verzögert oder erschwert wird oder wenn sie unangemessene Nachteile für die auszuliefernde Person zur Folge haben könnte. Nach Durchführung der Prozeßhandlungen im ersuchenden Staat oder auf Verlangen des ersuchten Staates wird die übergebene Person ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit zurückgestellt.

(3) Im Fall der vorläufigen Übergabe wird die übergebene Person im ersuchenden Staat für die Dauer ihres Aufenthaltes in Haft gehalten. Diese Haft wird im ersuchten Staat auf die Strafe angerechnet.

(4) Die durch eine vorläufige Übergabe im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

Artikel XIII

(Zu Artikel 20 des Übereinkommens)

(1) Wird die Auslieferung einer Person bewilligt, so werden auch ohne besonderes Ersuchen die Gegenstände, die im Artikel 20 des Übereinkommens bezeichnet sind oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt worden sind, wenn möglich zugleich mit der auszuliefernden Person übergeben. Sie wer-

den auch dann übergeben, wenn die bereits bewilligte Auslieferung wegen Todes oder der Flucht dieser Person nicht vollzogen werden kann; weiters dann, wenn die Auslieferung, die nach dem Übereinkommen zulässig wäre, nicht bewilligt werden kann, weil die auszuliefernde Person geflüchtet oder gestorben ist oder im Inland nicht betreten werden konnte.

(2) Der ersuchte Staat gibt dem ersuchenden Staat bekannt, welche der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände sichergestellt worden sind und ob die auszuliefernde Person mit der unmittelbaren Rückgabe an den Geschädigten einverstanden ist.

Der ersuchende Staat teilt dem ersuchten Staat sobald wie möglich mit, ob er auf die Übergabe der Gegenstände unter der Bedingung verzichtet, daß sie gegen Vorweis einer Bescheinigung seiner zuständigen Justizbehörde dem Geschädigten oder dessen Beauftragten ausgehändigt werden.

(3) Ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechtes wird der ersuchte Staat bei der Übergabe von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückstellung nicht geltend machen, es sei denn, daß der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel XIV

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Für die Dauer der Durchlieferung hat der darum ersuchte Staat die ihm übergebene Person in Haft zu halten.

(2) Soll eine Person, die von einem dritten Staat an einen Vertragsstaat ausgeliefert wird, auf dem Luftweg durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne Zwischenlandung in diesen Staat befördert werden, so ist eine Befassung jenes Vertragsstaates, dessen Hoheitsgebiet überflogen werden soll, nicht erforderlich, wenn die Person weder dessen Staatsangehörigkeit besitzt noch in Anspruch nimmt und die Auslieferung nicht wegen einer der in den Artikeln 3 und 4 des Übereinkommens bezeichneten strafbaren Handlungen erfolgt.

Artikel XV

(Zu Artikel 23 des Übereinkommens)

Auslieferungsersuchen und sonstige Schriftstücke werden in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt. Übersetzungen werden nicht gefordert.

Artikel XVI

(Zu Artikel 25 des Übereinkommens)

Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“ eine mit Freiheitsentziehung verbundene Maßnahme, die nach den Strafgesetzen durch eine gerichtliche Entscheidung neben oder anstelle einer Strafe angeordnet wird. Ist die Dauer einer noch zu vollziehenden Maßnahme unbestimmt, so ist für die Zwecke dieses Vertrages der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Maßnahme nach dem Recht des ersuchenden Staates spätestens aufzuheben ist.

Artikel XVII

(Zu Artikel 31 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel XVIII

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden in Prag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Der Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag schriftlich auf diplomatischem Weg kündigt; in diesem Fall tritt der Vertrag ein Jahr nach der Kündigung, spätestens aber zu dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Europäische Auslieferungsübereinkommen zwischen den Vertragsstaaten dieses Vertrages außer Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 27. Juni 1994, in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Nikolaus Michalek

Für die Tschechische Republik:

Jiří Novák

Smlouva mezi Rakouskou republikou a Českou republikou o dodatku k Evropské úmluvě o vydávání z 13. prosince 1957 a usnadnění jejího uplatnění

Článek I

(K článku 2 Úmluvy)

Povolí-li se vydávání osoby podle článku 2 odstavec 1 Úmluvy a týká-li se žádost o vydání také trestných činů neuvedených v tomto odstavci, pak je vydání povoleno také pro jiné činy existují-li ostatní předpoklady na základě Úmluvy a této smlouvy a hrozí-li za ně trest uložený soudem v obou smluvních státech.

Článek II

(K článku 5 Úmluvy)

(1) U trestných činů daňového, celního, monopolního a devizového charakteru, či vztahujících se na odvody a dávky, a u trestných činů spočívajících v porušení předpisů hospodářského styku nebo předpisů zahraničního obchodu, se vydání povoluje pouze tehdy, pokud by čin vedoucí k žádosti o vydání byl podle srovnatelného trestního předpisu dožadovaného státu rovněž trestně právně postizitelný.

(2) Vydání nesmí být zamítnuto výlučně se zdůvodněním, že právo dožadovaného státu neobsahuje stejné daňové, celní, monopolní a devizové předpisy ani předpisy vztahující se na odvody a dávky a dále ani předpisy pro hospodářský zbožní styk či zahraniční obchod jako právo dožadujícího státu.

Článek III

(K článku 7 a 8 Úmluvy)

Dožádaný stát povolí vydání osoby pro testný čin, který podle jeho právních předpisů podléhá jeho pravomoci, jestliže je třeba se zřetelem na zvláštní okolnosti, zejména z důvodů zjištění pravdy, výměry trestu a jeho výkonu nebo v zájmu resocializace obviněného dát přednost provedení trestního řízení v dožadujícím státě.

Článek IV

(K článku 9 Úmluvy)

(1) Vydání se nepovolí ani tehdy, jestliže činy vedoucí k žádosti o vydání byly spáchány ve třetím státě a tamtéž bylo vydáno jedno z rozhodnutí uvedené v článku 9 Úmluvy.

(2) Vydání za podmínek článku III nebude bráněno, jestliže osoba nebyla v dožadovaném státě pravomocně odsouzena nebo uložený trest nebyl alespoň zčásti nebo zcela vykonán.

(3) Dožádaný stát neodmítne vydání osoby, jestliže jeho justiční orgány osvobodily tuto osobu pouze z důvodu chybějící vlastní soudní pravomoci nebo poze z tohoto důvodu nebylo proti této osobě zahájeno trestní řízení či bylo již zahájené trestní řízení zastaveno.

Článek V

(K článku 10 Úmluvy)

Pro zabránění a přerušení promlčení jsou určující pouze právní předpisy dožadujícího státu.

Článek VI

(1) Amnesti vyhlášená v dožádaném státě nebrání vydání osoby, pokud trestný čin nepodléhá soudní pravomoci tohoto státu.

(2) Povinnost k vydání není dotčena tím, že chybí návrh nebo zmocnění k testnímu stíhání či jiné prohlášení postiženého, které jsou podle práva dožadovaného státu potřebné k zahájení a vedení trestního řízení.

Článek VII

(K článku 12 Úmluvy)

(1) Žádosti o vydávání podávají jménem obou smluvních stran ministři spravedlnosti, čímž véak není vyloučena diplomatická cesta. Také ostatní písemný styk mezi smluvními státy probíhá touto cestou, pokud Úmluva a tato smlouva nestanoví jinak.

(2) V případech odkladu nebo přerušení trestu, uložení podmíněného trestu, podmíněného propuštění nebo ochranného opatření je třeba k žádosti o vydání či průvoz přiložit také listiny sloužící k zjištění vykonatelnosti.

Článek VIII

(K článku 14 Úmluvy)

(1) Podmíněné propuštění vydané osoby bez nařízení omezujícího svobodu jejího pohybu se rovná konečnému propuštění na svobodu.

(2) V duchu článku 14 odstavec 2 Úmluvy může dožadovaný stát také učinit opatření, aby získal podklady potřebné k žádosti o souhlas podle článku 14 odstavec 1 písmeno a) Úmluvy; za tímto účelem je přípustný výslech vydané osoby a také je přípustné její předvedení k výslechu. Po podání žádosti o souhlas může být vydaná osoba držena ve vazbě nehledě na omezení článku 14 Úmluvy až do doby doručení rozhodnutí ve věci této žádosti, jestliže je nařízení vazby přípustné podle právních předpisů dožadujícího státu.

Článek IX

(K článku 15 Úmluvy)

K žádosti o souhlas s dalším vydáním jiné smluvní straně Úmluvy nebo třetímu státu je třeba přiložit podklady uvedené v článku 12 odstavec 2 Úmluvy, které byly předány smluvnímu státu žádajícímu o souhlas. Souhlas je udělen, jestliže trestné činy vedoucí k žádosti o vydání by opravňovaly vydání osoby ze strany smluvního státu, který byl požádán o souhlas, jiné smluvní straně nebo třetímu státu.

Článek X

(K článku 16 Úmluvy)

(1) Žádosti o vzetí do předběžné vazby mohou soudy, státní zastupitelství a ústřední justiční a policejní orgány jednoho smluvního státu adresovat příslušným justičním a policejním orgánům státu druhého. Oznámení trestného činu, pro který se o vydání žádá, musí obsahovat krátké vylíčení činu.

(2) Dozvědí-li se příslušné orgány jednoho smluvního státu o tom, že na území tohoto smluvního státu se zdržuje osoba, o jejíž vydání může druhý smluvní stát požádat, dotáží se jej neprodleně způsobem, který je uveden v článku 16 odstavec 3 Úmluvy, zda žádá o vydání této osoby. Je-li osoba vzata do předběžné vydávací vazby, je nutno o tom neprodleně vyrozumět druhý smluvní stát s uvedením doby zatčení a místa vazby.

(3) Lhůty podle článku 16 odstavce 4 Úmluvy zůstanou zachovány, pokud žádost o vydání a doklady, které mají být připojeny, budou doručeny před jejich uplynutím telefaxem ministerstvu spravedlnosti dožadovaného státu a originály nebo ověřené kopie budou dodatečně zaslány v přiměřené lhůtě.

Článek XI

(K článku 17 Úmluvy)

Současně s rozhodnutím podle článku 17 Úmluvy rozhodne dožádaný smluvní stát také o přípustnosti dalšího vydání do třetího státu; toto své rozhodnutí oznámí všem zúčastněným státům.

Článek XII

(K článku 19 Úmluvy)

(1) Článek 19 odstavec 1 Úmluvy je uplatňován také při výkonu ochranného opatření.

(2) Dožadující stát může žádat o dočasné předání podle článku 19 odstavec 2 Úmluvy k provedení naléhavých procesních úkonů. Procesní úkony je třeba v žádosti blíže popsat. S předáním nebude vysloven souhlas, jestliže by toto předání značně zpomalilo či ztížilo trestní stíhání v dožadovaném státě nebo by vedlo k nepřiměřeným nevýhodám pro osobu, která má být vydána. Předaná osoba se musí po provedení procesních úkonů v dožadujícím státě nebo na požádání dožadovaného státu předat zpět bez ohledu na státní příslušnost.

(3) V případě dočasného předání bude předaná osoba po dobu svého pobytu v dožadujícím státě držena ve vazbě. Tato délka vazby se započítá do délky trvání trestu, který je v dožadovaném státě uložen.

(4) Náklady vzniklé na výsostném území dožadovaného státu dočasným předáním nejsou hrazeny.

Článek XIII

(K článku 20 Úmluvy)

(1) Je-li povoleno vydání osoby, povolí se bez zvláštní žádosti též vydání předmětů, které jsou uvedeny v článku 20 Úmluvy nebo které byly získány protihodnotou za takové předměty. Je-li možné, předají se předměty současně s vydávanou osobou. Předají se i tehdy, nemůže-li již povolené vydání být provedeno z důvodu úmrtí nebo útěku této osoby; dále pak, jestliže dle Úmluvy povolené vydání nemůže být povoleno, protože k vydání určená osoba uprchla nebo zemřela nebo ji v dožadovaném státě nelze trestně postihnout.

(2) Dožádaný stát oznámí státu dožadujícímu, které předměty byly podle článku 20 Úmluvy zajištěny a zda je vydávaná osoba srozuměna s jejich bezprostředním vrácením poškozenému. Dožadující stát oznámí dožádanému státu co možná nejdříve, zda se zříká předání předmětů za podmínky, že budou poškozenému nebo jejich zmocněnci vydány proti předložení potvrzení jeho příslušných justičních orgánů.

(3) Dožádaný stát nebude při předání předmětů uplatňovat celní zástavní právo nebo jiné věcné ručení podle předpisů celního a daňového práva, a zříká se taktéž jejich zpětného navrácení s výhradou, že trestným činem poškozený majitel předmětů tyto dávky dluží sám.

Článek XIV

(K článku 21 Úmluvy)

(1) Dožadovaný stát musí provázenou osobu držet po dobu průvozu ve vazbě.

(2) Má-li být osoba, která je vydávána třetím státem jinému smluvnímu státu, přepravena vzdušnou cestou bez mezipřistání přes výsostné území jiného smluvního státu do příslušného státu, pak není třeba vyjádření přelétaného smluvního státu, není-li tato osoba jeho státním občanem a není-li osoba vydávána pro jeden z trestných činů uvedených v článcích 3 a 4 Úmluvy.

Článek XV

(K článku 23 Úmluvy)

Žádosti o vydání a další písemnosti se sepisují v jazyce dožadujícího státu. Překlady se nevyžadují.

Článek XVI

(K článku 25 Úmluvy)

V této smlouvě znamená výraz „ochranné opatření“ spojené s odnětím svobody, které se ukládá podle trestních zákonů rozhodnutím soudu vedle nebo na místo trestu. Je-li trvání opatření, které se

ještě má vykonat, neurčité, pak je pro účely této smlouvy určující onen termín, ke kterému musí být opatření podle práva dožadujícího státu nejpozději zrušeno.

Článek XVII

(K článku 31 Úmluvy)

Vypoví-li jeden ze smluvních států Úmluvu, pak nabyde vypovězení Úmluvy účinnosti ve vztahu mezi Rakouskou republikou a Českou republikou dva roky po doručení oznámení o vypovězení generálnímu tajemníkovi Rady Evropy.

Článek XVIII

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze.

(2) Smlouva vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, ve kterém byly vyměněny ratifikační listiny.

(3) Smlouva se sjednává na dobu neurčitou, pokud jeden ze smluvních států smlouvu písemně diplomatickou cestou nevyproví; v tomto případě pozbývá smlouva platnosti rok po vypovězení, nejpozději však k termínu, ke kterému pozbyde platnosti Evropská úmluva o vydávání mezi smluvními stranami této smlouvy.

Na důkaz toho zmocněnci obou smluvních států tuto smlouvu podepsali a opatřili ji pečeti.

Dáno ve Vídni, dne 27. června 1994 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

Nikolaus Michalek

Za Českou republiku:

Jiří Novák

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 3. Oktober 1995 ausgetauscht; der Vertrag tritt gemäß seinem Art. XVIII Abs. 2 mit 1. Jänner 1996 in Kraft.

Vranitzky